

Stellungnahme zur Position des Deutschen Bundesjugendrings "Mehr günstigen Wohnraum für junge Menschen!"

20.02.2020

Herausgegeben von: Fachbereich Streetwork im Funktionsbereich Kinder- und Jugendhilfe

Ansprechperson: Felix Rittershaus (streetwork@dbsh.de)

Am 11. Dezember 2019 beschloss der Hauptausschuss des Deutschen Bundesjugendrings (DBJR) in Berlin deren Position zum Thema "Mehr günstigen Wohnraum für junge Menschen!"¹. Der Fachbereich "Streetwork" des Deutschen Berufsverbandes für Soziale Arbeit e.V. begrüßt diese Position und stimmt ihr in vielerlei Hinsicht zu, bittet jedoch um Ergänzungen, vor allem bezüglich der dort genannten Zielgruppen.

Die Kernpunkte des DBJR finden sich bereits in den ersten zwei Absätzen der Position wieder. Dort heißt es zum einen: "Wohnen ist eines der Grundbedürfnisse des Menschen. Wie Wasser und Nahrung ist es ein unverzichtbares Gut, das einen besonderen Status genießt." Im Sinne unserer Adressat:innen und auf Grundlage unserer vielschichtigen Erfahrungen im Feld, können wir dem nur beipflichten. Zusätzlich wollen wir mit dem Verweis auf das, in Artikel 25 der allgemeinen Erklärung der Menschenrechte² implizierte, Recht auf Wohnen die Wichtigkeit einer Versorgung der Menschen mit Wohnraum betonen. Der Kampf um bezahlbaren Wohnraum ist für viele längst zum Existenzkampf geworden. Einem aktuellen Bericht des WDR zufolge ist die Zahl der Wohnungslosen in Deutschland "seit 2014 um 150 Prozent gestiegen. [...] Fast ein Viertel davon sind Familien mit Kindern. Das Risiko, betroffen zu sein, ist in der Mitte der Gesellschaft angekommen."³ Darum geht der DBJR richtigerweise darauf ein, dass auch in 2019 wieder mehr Sozialwohnungen in der Bundesrepublik wegfallen als neue entstehen. "Dabei gibt es einen massiven Mangel an Wohnraum in Sozialbindung. Expert*innen fordern bis 2030 die Aufstockung des Bestands auf mindestens 2 Millionen."⁴ Wir stimmen dem DBJR voll und ganz zu bei seiner Feststellung, "Staatliche Eingriffe zur Lenkung und Ausgleichung von unsozialen Entwicklungen sind also, gerade auch aus der Perspektive von jungen Menschen, nötig und gerechtfertigt."

Ergänzend lässt sich festhalten, dass die Problematik des fehlenden bezahlbaren Wohnraums in ähnlicher Weise in den Empfehlungen an die Bundesregierung für deren Jugendstrategie betont wird, welche junge Menschen im Rahmen der JugendPolitikTage im Mai 2019 erarbeiteten. Sie weisen darauf hin, dass die Wahl des Wohnraums nicht von infrastrukturellen, finanziellen oder sonstigen Faktoren abhängig sein darf und

¹ <https://www.dbjr.de/artikel/mehr-guenstigen-wohnraum-fuer-junge-menschen/>

² Resolution 217 A (III) vom 10.12.1948

³ <https://www1.wdr.de/radio/wdr5/sendungen/dok5/draussen-wohnungslose-familien-in-berlin-100.html>

⁴ <https://www.tagesschau.de/inland/sozialwohnung-105.html>

machten Vorschläge für eine Förderung sozialen und inklusiven Wohnungsbaus, sowie für die Einbindung von Jugendlichen in die Gestaltung des öffentlichen Raumes.⁵

Auch wenn die Komplexität des Wohnungsmarktes und die Versorgung der Bevölkerung mit Wohnraum vom DBJR beschrieben wird, ("Die Planung und Errichtung von Gebäuden brauchen Jahre, für die Amortisierung braucht es Jahrzehnte und durch ihre Immobilität ist der Standort von besonderer Bedeutung."), vermissen wir an dieser Stelle einen Hinweis auf die durch den Finanzmarkt derzeit gegeben Bedeutung von Immobilien als Kapitalanlagen, sowie die dadurch hervorgebrachte Verknappung des Wohnraums.

Zum anderen stellt der DBJR richtigerweise fest, dass junge Menschen "von der Wohnungspolitik mit am stärksten betroffen [sind]. Für sie bedeutet ihr Auszug aus dem elterlichen Wohnumfeld einen entscheidenden biographischen Schritt hin zu einem eigenständigen, selbstbestimmten Leben. Gleichzeitig verfügen junge Menschen meist über ein vergleichsweise niedriges Einkommen und kein Wohneigentum. Somit sind sie verstärkt auf eine soziale Wohnungspolitik angewiesen." Auch wichtig und richtig ist an dieser Stelle der Hinweis, dass sich aufgrund struktureller Diskriminierung die Wohnungssuche für junge Menschen mit nicht-deutschem Namen erschwert und sich nicht zuletzt soziale Unterschiede in jungen Jahren besonders stark manifestieren.

Der Fachbereich "Streetwork" weist darauf hin, dass sich strukturelle Diskriminierung auch oder vor allem dort zeigt, wo Personen und Gruppen nicht genannt werden und bedauert, dass neben "Auszubildende[n], Student*innen und Berufsanfänger*innen" junge Menschen, die sich nicht aus dem Kreise eines normativ akzeptierten Umfelds wie der Familie auf Wohnungssuche begeben bzw. die keiner normativ akzeptierten Lohnarbeit nachgehen, in der Position des DBJR keinerlei Erwähnung finden. Somit werden alle Jugendlichen und jungen Erwachsenen ausgegrenzt, die aufgrund ihrer Biographie und/oder ihrer Sozialisation dazu gezwungen sind auf der Straße zu leben. Es wird ihnen, u.a. durch die vorliegende Position, bereits im Ansatz ein adäquater Zugang zum Wohnungsmarkt und damit zu Existenz und Partizipation verwehrt. Denn wir geben dem DBJR durchaus damit recht, dass Wohnraum so strukturiert sein soll, dass er die demokratische Beteiligung junger Menschen garantiert. Aber bitte nicht nur für Student*innen und Auszubildende, sondern gerade auch für die, die von unserem demokratischen System bisher vor allem Enttäuschung und Ausgrenzung erfahren haben.

Wie wichtig Beteiligung ist und wie sie funktionieren kann, zeigt ein Projekt, auf das wir an dieser Stelle verweisen möchten: MOMO - The Voice Of The Disconnected Youth⁶ ist eine Organisation von Jugendlichen für Jugendliche, mit der Idee der Selbstorganisation von jungen Menschen, die von Wohnungslosigkeit betroffen sind bzw. waren. Ihre Forderungen sind vielfältig und betreffen u.a. das Jugendhilfesystem allgemein, andere beziehen sich aber auch konkret auf das Thema Wohnen.⁷ Forderungen in der Art und mit Bezug auf die Zielgruppe suchen wir in der Position des DBJR allerdings leider vergebens.

⁵ <https://jugendpresse.de/jugendpolitiktage/jugendpolitiktage-2019/ergebnisse-der-jugendpolitiktage-2019/>

⁶ <https://www.momo-voice.de/>

⁷ <https://www.momo-voice.de/was-will-momo/>

Eine Gruppe, die immerhin - wenn auch wenig im Fokus der Position - Erwähnung findet, sind die jungen Leistungsberechtigten im ALG-II Bezug, denen laut DBJR der Auszug aus dem Elternhaus nicht verwehrt werden darf. Auch dem stimmen wir zu, verweisen jedoch darauf, dass eine genauere Betrachtung der Debatte um den §22 Abs.5 SGBII und das daraus resultierende und in Fachkreisen viel diskutierte "Aus- bzw. Umzugsverbot" an dieser Stelle wünschenswert gewesen wäre.

Den weiteren Forderungen des DBJR stimmen wir, immer mit Blick auf die dort nicht genannten jungen Menschen auf der Straße, weitestgehend zu: Sozialen Wohnungsbau insbesondere für junge Menschen ausbauen, Mietpreisbremse verschärfen, Mieter*innenrecht stärken, Rekommunalisierung, Wohnungsgemeinnützigkeit wieder einführen, Rechte von Mieter*innen stärken und schützen.

Die Forderung nach "Mehr Objektförderung" möchten wir allerdings zur Diskussion stellen. Hierin beschreibt der DBJR die Kategorien der Förderungspolitik für Wohnungen in der Bundesrepublik, die Subjektförderung (die einzelne Person wird direkt mit einem Wohnkostenzuschuss unterstützt) und die Objektförderung (direkte Anreize zum Wohnungsneubau). "Durch eine Fokussierung auf die Objektförderung, verbunden mit einer Priorisierung von gemeinwohlorientierten Akteuren bei der Fördermittelvergabe, können langfristig wieder günstige Wohnungen für alle Menschen entstehen. Junge Menschen würden dabei direkt durch die Förderungen von Wohnheimen, aber auch dem gestiegenen Anteil von sozialem Wohnraum, profitieren." Der Fachbereich "Streetwork" entgegnet dieser Annahme, dass auch günstiger Wohnraum jedem Menschen zugänglich sein muss. Deswegen könnte sich eine alleinige Fokussierung auf Objektförderung fatal auswirken auf Menschen, die keiner normativ anerkannten Lohnarbeit nachgehen. Subjekt- und Objektförderung sind also, im Sinne von sozialer Verantwortung, gesellschaftlichem Zusammenhalt und Partizipation, gleichermaßen von Bedeutung. Damit nicht die weiter ausgeschlossen werden, die bereits ausgeschlossen sind.

Wir danken dem DBJR bei aller Kritik für die Position und hoffen auf Anklang in der Politik. Wir freuen uns auf weiteren Austausch und schließen mit einem Satz aus der Position, den wir in der Prägnanz nicht hätten besser formulieren können: "Junge Menschen auf dem Weg in ihr selbstbestimmtes Leben dürfen nicht Opfer einer verfehlten Wohnungspolitik werden."